

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post direkt vierteljährlich 1,20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephon 7502.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 32.

Sonnabend, den 7. August 1915.

19. Jahrgang.

In der Steinindustrie

Ist zur Zeit der Geschäftsgang ein recht flotter. Steinmehlen werden in allen Branchen gesucht, ja, was selten vorkommt, sogar in der Sandsteinindustrie. Einige Schleifereien versuchen mit allen Mitteln Steinmehlen aufzutreiben, aber es will schwer gelingen. Sind in den Schleifereien nicht genügend Steinmehlen beschäftigt, so wird dadurch die Fortführung der Schleifereibetriebe sehr gefährdet, denn die Produktion der Steinmehlen muß in einem bestimmten Verhältnis stehen zu der Zahl der beschäftigten Schleifer. Auch die Kunststeinindustrie geht sehr flott, diese wird überhaupt in Zukunft gute Aussichten haben. Am allergeordnetsten sind die Verhältnisse in der Muschelkalkbranche. In derselben mangelt es an Aufträgen nicht im geringsten, an geübten Steinmehlen soll sogar großer Mangel sein. Der Muschelkalk hat sich in den letzten Jahren sehr eingebürgert, seine Verwendung kann nur bei besseren Bauten in Betracht kommen. Eine weitere Erscheinung ist, daß auch der Travertin ein sehr geschätztes Werkstoffmaterial abgibt. Zur Zeit wird in Leipzig das große Verwaltungsgebäude der nationalen Handlungsgehilfen mit jenem Material „verkleidet“. Dieser Bau weist in seinen konstruktiven Teilen die feinsten Eklektizismen auf, die Hauptlast haben die Eisenträger zu tragen, die Travertinverblendungen werden bloß eingeschoben, nach dem das Skelett bereits hochgetrieben ist. Da Travertin anscheinend noch teurer zu stehen kommt wie Muschelkalk, so ist es erklärlich, daß, um Rohmaterial zu sparen, die Säge stark in Funktion tritt.

Die Schotterwerke sind auch flott im Betrieb, die Aufträge können gar nicht alle erledigt werden. Wir können sagen, daß bei uns die Steinindustrie trotz des Krieges bedeutend besser floriert, als wie in Schweden.

Dort klagen die Kollegen, daß die Ausfuhr mächtig zurückgegangen sei, die Steinbruchgebiete in Ost- und Westschweden sollen nicht einmal die Hälfte der in normalen Zeiten beschäftigten Arbeiter aufweisen.

Währen hat in Schweden die Steinindustrie durch den Weltkrieg einen schweren Schlag erlitten, trotzdem sich dieses Land im neutralen Zustande befindet.

Im Reichstatistischen Arbeitsblatt heißt es über die Verhältnisse der Steinindustrie, daß die Arbeiter meist über Tariflohn beschäftigt werden. Jene Behauptung müssen wir, so weit die Verhältnisse allgemein betrachtet werden sollen, bestreiten. Es mag sein, daß bei den qualifizierten Arbeitern eine Lohnerhöhung eingetreten ist, die große Zahl der Steinarbeiter hat davon leider nichts gemerkt.

Unsere Bruderverbände unter dem Einflusse des Weltkrieges.

Österreich. Die Einberufungen zum Militär und zur Kriegsdienstleistung sowie die Abwanderung der Kollegen zur Kriegsdienstleistung haben unsern Verband fast dezimiert. Wir zählen im 2. Quartal 1915 noch 800 vollqualifizierte Mitglieder. Einige unserer kleinen Ortsgruppen und Zahlstellen haben über die Kriegszeit ihre Tätigkeit eingestellt. Mit der Mehrzahl unserer Ortsgruppen liegen wir noch in Verbindung. Nachdem aber immer noch Nachrichten stattfinden, dürfte unser Verband später noch schwächer werden. Zu all diesen Schicksalsschlägen gesellt sich in diesem Quartal wieder ein schwerer Verlust. Wir haben nun schon heuer den zweiten Provinzangestellten durch den Tod verloren. Im Monat Januar starb, wie berichtet, unser Landessekretär für Schlesien, Kollege Franz Wilner, und jetzt wurde uns der Landessekretär für das Mittel- und die südlichen Länder der Monarchie, Kollege Anton Swantke, durch den Tod entzogen. Erst 31 Jahre alt, war uns dieser Mitarbeiter eine brauchbare, fast unerfessliche Kraft, dessen Verlust uns nach Beendigung des Krieges schmerzlich fühlbar wird. Dieser mutige, energiegeladene Kollege war Steinmetz von Beruf und konnte in seinem mehrsprachigen Gebiet die Mitigation in drei oder vier Sprachen in Wort und Schrift betreiben. Ihm ist es gelungen, in diesem national zerstückelten Gebiete eine feste Organisation in einigen Orten des Südens zu schaffen. Gebet hat uns der Weltkrieg auch im Süden vorläufig alles zerstört. Wir haben noch zwei Landessekretäre und den Zentralsekretär beim Militär. Nun kommen die beiden früher gebildeten Angestellten, der Verbandsvorstand und der Verbandskassierer, als die letzten der Angestellten zur Musterung. Es wird wenig Aussicht sein, diese für die Organisation über die Kriegsdauer zur Verfügung zu haben. Auf jeden Fall wird gesorgt werden, daß ein geeigneter Ersatz die Lücken ausfüllt, um über die Kriegsdauer mit unserm Verband durchzuhalten. Die Konjunktur ist flau, doch haben die Arbeiter in der Steinindustrie, die bisher vom Kriegshandwerk verschont geblieben sind, volle Beschäftigung. Immerhin läßt der Verdienst bei der jetzt herrschenden Teuerung viel zu wünschen übrig.

Schweden. Die Lage der Steinindustrie hat sich während des letzten Quartals nicht gebessert. Ein großer Teil der Steinarbeiter hat eine andre Beschäftigung erlangen müssen. Dies hat zur Folge, daß unsere Mitgliederzahl von Monat zu Monat kleiner wird.

Betreffs des im letzten Bericht angeführten Gesuchs der sozialdemokratischen Parteileitung an die Regierung um Hilfe für die notleidenden Steinarbeiter ist mitzuteilen, daß die Regierung teilweise entgegengekommen ist, indem sie den Kollegen Beschäftigung bei staatlichen und kommunalen Unternehmungen, wie Eisenbahnen, Straßen- und Wasserbau, anwies.

Eine merkwürdige Verringerung ist jedoch hierdurch nicht zu verzeichnen. In der Blasterbranche wird mit allergrößter Beschleunigung gearbeitet, dabei noch mit verstärkten Anforderungen an die geleistete Arbeit sowie Reduzierung der früher geltenden Arbeitsbedingungen.

Norwegen. Die Arbeitsverhältnisse in der Steinindustrie werden als Folge des Weltkrieges von Tag zu Tag schlimmer. Fast

aller Export hat aufgehört, und der inländische Verbrauch hat sich ebenfalls bedeutend reduziert. Sämtliche Tarife sind von den Arbeitgebern gekündigt worden und nur für die Monumentalbranche ist es gelungen, die bisherigen zu halten. Für alle übrigen Gruppen der Steinindustrie existieren somit zur Zeit keine tariflichen Bestimmungen mehr, und die Arbeitgeber suchen bei jeder Gelegenheit die Löhne zu reduzieren, sich auf die schlechten Zeiten berufend. Dazu kommt noch der immer mehr sich ausbreitende Kunststein, der den Granit verdrängt.

Wir suchen natürlich mit allen möglichen Mitteln die Lohnreduktionen zu verhindern, aber ein großer Teil unserer Mitglieder hat die Steinindustrie ganz verlassen, diese Köpfe gerade zu unsern besten Mitarbeitern, und so kommt es, daß wir die Angriffe der Unternehmer nicht immer abwehren können.

Die Lebensmittel sind seit Anfang des Krieges unerhört gestiegen, in vielen Fällen bis 40 und 50 Prozent. Dies hat auch teils seinen Grund in den enormen Frachtpreisen und teils in der rückwärtigen Verteuerungspolitik der Spekulanten, was von der Regierung nicht verhindert wird.

Die Mitgliederzahl des Verbandes war am Schlusse des Quartals ca. 900 und der konstante Kassenbestand 81 236,25 Kronen.

Der Verband hielt vom 25.—28. Mai seinen 10. Landeskongress in Christiania ab. Aus den wichtigsten Sachen, die vorlagen, waren die Gründung einer Arbeitslosenunterstützung und die Anstellung eines vollqualifizierten Sekretärs. Der erste Punkt wurde nur vorberaten und entschieden darüber definitiv die Urabstimmung, hingegen wurde der Antrag bezüglich Anstellung eines ständigen Sekretärs angenommen. Wir haben dadurch die beste Zuversicht, in der Agitation bedeutend mehr leisten zu können.

Gegen den Lebensmittelwucher.

Der Preiskampf gegen die Lebensmittelspekulanten und Wucherer hat sich seit der Bekanntgabe des scharfen Vorgehens der drei bayrischen Generalkommandos von Tag zu Tag in sichtbarer Weise gesteigert. Bisher waren es nur die sozialdemokratischen Blätter, die den Kampf unablässig und systematisch führten — die Artikel der bürgerlichen Zeitungen erschienen vereinzelt — seit einigen Tagen aber kann man kein Blatt in die Hand nehmen, ohne auf die denkbar schärfsten Entrüstungsartikel gegen den Nahrungsmittelwucher zu stoßen. Der Umfang und die Tonart dieser Proteste entsprechen dem Maße der Not, die durch die Schluß der Produzenten und Händler in die Kreise der Unbemittelten und Armen seit langem ihren Eingang gehalten hat. Die Empörung über die hohen Preise wächst angeleitet der völlig ausreichenden, teilweise geradezu reichen Vorräte immer noch. Man erwartet von den Nachhabern, daß sie ungestraft gegen die Wucherer, Vaterlandsverräter und Volkseinde nach dem häufigen Muster vorgehen, und von Staat und Gemeinde fordert man umfassende Vorkehrungen zur Versorgung des Volkes mit wohlfeilen und ausreichenden Lebensmitteln. Es ist unbillig, daß diesem Begehren nicht Folge gegeben würde.

Nur zu viel ist leider verkannt worden. Wie das „Bayrische Wochenblatt“ (Nr. 28) berichtet, sind in Württemberg 150 Säcke mit Kartoffeln in den Main verladen worden! — Rehnisch hört man es aus einer Reihe anderer Städte, und überall handelt es sich um große Mengen.

Auch das Dementi gegen die Ausfuhr großer Massen rheinischen Obstes nach Holland und England erzählt eine Korrektur durch den Gouverneur der Festung Köln, Herrn v. Feld. Dieser macht erneut auf das Verbot der Obstausfuhr aufmerksam und schreibt im Anschluß daran („Kölnische Volkszeitung“, 20. Juli): „Es ist festzustellen, daß große Mengen Obst trotz dieser Verordnung aus dem Rheinland, insbesondere auch aus dem Festungsbereich, aufgekauft und unter falscher Deklaration über die holländische Grenze gebracht worden sind. Es besteht die Vermutung, daß das Obst nach England weitergeleitet wird.“

Die Entrüstung über die Wucherer ist, wie gesagt, in diesen Tagen allgemein geworden. In welcher Form sie sich äußert, mag man an einigen Beispielen erkennen. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ schreibt in seiner jüngsten Nummer, daß trotz genügender Vorräte die Preise unerschwinglich seien; Millionen Deutsche hätten zudem ein vermindertes Einkommen; Produzenten und Händler aber beanspruchten einen noch höheren Gewinn als zu normalen Zeiten. Dann heißt es weiter (Nr. 15): „Derweil darben Millionen Frauen und Kinder, denen es an Mitteln fehlt, das Notwendigste einzukaufen. Die arbeitende und minderbemittelte Bevölkerung kann diese Belastung nicht weiter tragen, ohne großen Schaden zu nehmen. Eine steigende Erbitterung macht sich breit, weil die Last des Krieges sich in so ungleichmäßiger Weise verteilt. Dieser Sachlage dürfen die Regierenden nicht mehr länger tatenlos zusehen.“ Es darf nicht übersehen werden, daß dadurch die Stimmung im Meere ungünstig beeinflusst wird. Es ist überaus bitter für den im Felde Stehenden, wenn er weiß, daß seine Lieben in der Heimat wucherische Preise zahlen müssen. Dieser heutige Zustand hat aber auch seine großen Wirkungen über den Krieg hinaus.“

Die „Essener Volkszeitung“, ein Zentrumsblatt, stellt fest, daß der Preis von 18 Mark pro 100 Kilogramm auf 80 bis 90 Mark gestiegen sei, weil die Spekulanten große Mengen aufgekauft und aufgeschichtet hätten. Kein Wunder, daß eine fruchtbarere Arbeiterfrau in Köln anregte, daß gegen den schamlosen Wucher von der Kanzel herab gepredigt werde. („Rheinische Zeitung“, Nr. 185.)

Der „Babische Beobachter“ sagt in einem Artikel in Nr. 310: „Das Volk verblute sich im Felde brauchen, um einen mächtigen Feind zu haben zu werfen, im Innern, um einigen Krätern den Ventel zu füllen.“

Das nämliche Blatt nennt es in Nr. 324 „ein Verbrechen am deutschen Volke und seiner Gesundheit, wenn der Bundesrat selber die Drosselschnur höherer Getreidepreise und wachsender Zuschläge schaffen würde.“ Der Bundesrat sei aber einer so feigen Schmeichelei nicht fähig, sondern werde dem unberechtigten Begehren interessierter Kreise ein „Nis hierher und nicht weiter!“ zurufen. In einem andern Artikel der gleichen Nummer sprach das babische Zentrumsblatt angelehnt der Vorgänge auf dem Mannheimer Wochenmarkt von „Synnen des Schicksals im Ausnahmungskrieg“, die über die ihnen wehrlos preisgegebene ärmere Bevölkerung herfallen.“

Die Dortmund-„Tremonia“ (Nr. 197) beschuldigt die Bauern der Umgegend des Wuchers. Sie schreibt: „Als objektive Chroniker können wir hier die Bemerkung nicht unterdrücken, daß es bedauerlicherweise die unsern Markt beherrschenden Landwirte der Umgegend sind, die in der Höhe der Preisforderung für ihre Erzeugnisse an

erster Stelle marschieren. Die oben von uns genannten Preise wurden heute an fast allen Verkaufsständen der sogenannten „Bauern“ erheblich, stellenweise bis zu 50 Prozent, übertrieben. Das hat dazu geführt, daß viele Hausfrauen es prinzipiell meiden, an diesen Ständen ihren Bedarf zu decken, und daß natürlich das oft unberechtigte Wort von der Begehrtheit der Bauern neue Nahrung erhält. Wenn selbstverständlich für heimische Erzeugnisse gern ein kleiner Aufschlag erzielt wird, so darf diese Tendenz doch nicht zur Unvorsichtigkeit führen!“

Zum Schluß noch ein Zitat aus einem Artikel in Nr. 154 des „Bayrischen Vaterland“: „Das nunmehr genügend oft gehörte „Gott strafe England!“ sollte außer Kurs gesetzt und statt dessen denen, die es angeht, laut und immer lauter ins wache Ohr gerufen werden: Gott strafe unsere Lebensmittelwucherer!“

Wann hätte sich jemals die Empörung des Volkes in solchem Umfange und in solchen Formen Luft gemacht?!

Anwischen hat der Bundesrat die Getreidehöchstpreise bis zum 1. Januar 1916 festgelegt. Die neue Verordnung steht im Prinzip von einer Preiserhöhung ab. Sie legt die Zahl der Preisgebiete, in denen die Preise unterschieden sind, von 32 auf 4 herab. Die Brotgetreidehöchstpreise betragen pro Tonne:

- 215 Mark in Breslau, Danzig, Bromberg, Gleiwitz, Königsberg i. Pr., Posen;
- 220 Mark in Berlin, Dresden, Leipzig, Magdeburg, Rostock, Schwerin i. M., Stettin;
- 225 Mark in Braunschweig, Bremen, Cassel, Emden, Erfurt, Hamburg, Hannover, Kiel, Jülich;
- 230 Mark in Aachen, Köln, Dortmund, Duisburg, Frankfurt am Main, Mannheim, München, Saarbrücken, Straßburg i. El., Stuttgart.

Der Höchstpreis für Weizen bleibt um 40 Mark höher.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zur Bundesratsverordnung über Zwangsindukate im Kohlenbergbau.

Schneller Erfolg dürfte der Verordnung des Bundesrats über die Errichtung von Zwangsindukaten im Kohlenbergbau beschieden sein. Ins Leben treten werden die Zwangsindukate indessen kaum, der bundesrätliche Erlass verfolgt vielmehr in erster Reihe den Zweck, die Schaffung derartiger Gebilde zu vermeiden. Ende dieses Jahres läuft der Vertrag des Rheinisch-Westfälischen Kohlenyndikats ab, schon vom 1. Oktober an haben die Zechen für den Fall seiner Nichterneuerung das Recht, ihre Förderung freihändig zu verkaufen. Nun führten die Verhandlungen über Verlängerung des Syndikats bisher zu keinem Ergebnis, teils wegen der Differenzen zwischen den Stützgebern und den reinen Zechen, teils wegen Sonderforderungen außenliegender Gesellschaften; schließlich verzögerte sich der Abschluß des neuen Vertrags durch den Versuch der maßgebenden Syndikatskreise, den preussischen Vergütungs zum Syndikatsanschluß unter die für alle andern Mitglieder geltenden Bedingungen zu zwingen. Offenbar ging die Syndikatsregierung dahin, daß der preussische Vergütungs wohl oder übel unter Verzicht auf jede Vorrechtsstellung dem Syndikat beitreten würde, um nicht die Schuld an sich zu laden, den Zusammenbruch des Syndikats herbeigeführt zu haben. In Kriegszeiten ein Weiterbestehen des Kohlenyndikats zu verhindern, wäre in der Tat eine bedenkliche Politik; hätte heute das Syndikat zu existieren auf, so müßte sofort die gleiche Organisation von neuem geschaffen werden, um die Regelung der Kohlenversorgung zu sichern. Allein mit der Vorschritt von Höchstpreisen für Kohlen wäre diese Aufgabe nicht zu lösen, zur Einheitslichkeit des Verkehrs, zur zweckmäßigen Verteilung von Kohlenforten usw. sind weit verzweigte Einrichtungen und die Erfahrungen langjähriger Praxis erforderlich.

Sicherung des Kohlenyndikats. — Kartellpolitik während des Krieges.

Vorbereitungen für ein staatliches Kohlenmonopol, die man hier und da aus der Verordnung über die Zwangsindukate herauslesen bemerkt, liegen nur insofern vor, als die Verstaatlichung des Kohlenyndikats eintreten würde, falls die Zechen es nicht vorziehen sollten, das Syndikat freiwillig fortzuführen. Von der Ermächtigung der Bundeszentralbehörden, Zwangsorganisationen zu schaffen, soll nach den Bestimmungen der Verordnung kein Gebrauch gemacht werden, wenn innerhalb einer durch die Landeszentralbehörde zu bestimmenden Frist von Bergwerksbesitzern, deren Förderung nach amtlichen Fördermaßen mehr als 97 Prozent der Gesamtförderung des in Betracht kommenden Bezirks ausmacht, eine Vereinigung zur Regelung der Förderung und des Abzuges von Kohlen durch Vertrag gebildet wird, und die Landeszentralbehörde durch den geschlossenen Vertrag die öffentlichen Interessen für gewahrt erachtet. Noch deutlicher wird das Ziel der Verordnung durch die weitere Bestimmung gekennzeichnet, daß ein etwa errichtetes Zwangsindukat durch die Landeszentralbehörde aufgelöst wird, wenn für den in Betracht kommenden Bezirk eine entsprechende freiwillige Vereinigung mit über 97 Prozent der Gesamtförderung gebildet wird. Auf diese Weise hat der preussische Vergütungs das Kohlenyndikat in die Situation verlegt, in die die Syndikatsleitung ihn drängen wollte. Schon hat das Syndikat zum 27. und 28. Juli die Ausschüsse einberufen, die für die Verhandlungen mit denjenigen Zechen eingeleitet sind, die sich bis jetzt geweigert haben, den neuen Vertrag zu unterzeichnen; am 29. Juli werden Sitzungen des Syndikatsrats und der Zechenbesitzerversammlung folgen. Eine Bekanntmachung des preussischen Handelsministers hat den Zeinkohlenberatern im Oberbergamtbezirk Dortmund und im Bergamtbezirk für die Entscheidung über die Bildung eines freiwilligen Syndikats eine Frist bis zum 15. September 1915 gesetzt; täuschen nicht alle Anzeichen, so wird bis dahin die Syndikatsfrage ihre Entscheidung gefunden haben.

An sich wäre die Unterstellung des Kohlenyndikats unter die Kontrolle des Reichs durchaus wünschenswert, es könnte damit innerhalb ein Uebergehung zur Verstaatlichung der Kohlenbewerke oder sogar ein Verstaatlichungsgesetz geschaffen werden. Dabei wäre diese Aktion nicht als Kriegsmassnahme, sondern als Dauerzustand gedacht; während des Krieges hat das Syndikat durch seine Geschäftsabwicklung zu einem bedeutenden Einbringen seinen Anlaß geboten. Mit Wirkung vom 1. April war eine Erhöhung des Kohlenpreises um 2 Mk. für die Tonne bei gleichzeitiger Ermäßigung des Kohlenpreises um 1,50 Mk. eingetreten. Durch die Preisermäßigung sollte ein möglichst starker Ertrag des Kohlenverbrauchs durch Koks erzielt werden, da der Arbeitermangel eine erhebliche Ein-

